



Stiftung
■ LILIENBERG ■
Unternehmerforum

Die Lilienberg Zeitschrift

Nummer 57 / April 2019



EDITORIAL

- 3 Christoph Vollenweider:
Aussenpolitik ist auch
Sicherheitspolitik

BEGEGNUNG

- 4 Zauberkunst an zwei
Steinway-Flügeln

GESPRÄCH

- 6 Gilles Marchand: «Medien kämpfen
um Aufmerksamkeit»
8 Andreas Jung: Schon wieder eine
Kanzlerin?
10 Machtpolitik anders lesen –
am Beispiel von Chinas neuer
Seidenstrasse

- 14 Die Algorithmen der Demokratie
16 Eine Digitalisierung mit Herz braucht
menschliche Kopfarbeit
18 Prof. Dr. Stephan Wirz:
Die Wirtschaft braucht
einen Sinnhorizont
20 Diskriminierung ist ein
Integrationshindernis
24 Ständerätin Brigitte Häberli-Koller:
Das Volk hat immer Recht!
26 Die Klischees über die Generation Y
gehen oft an der Realität vorbei

KUNDENANLÄSSE

- 28 «Grenzdenken 2019»: raus aus der
mentalenen Komfortzone

MITGLIEDSCHAFTEN

- 30 Petronella Vervoort: «Wir freuen
uns über die neue Partnerschaft mit
Lilienberg!»

IN EIGENER SACHE

- 34 Ein lecker-leichter Frühlingsgruss aus
der Lilienberg Fischküche

Die Lilienberg Zeitschrift

Nummer 57 / April 2019

© Stiftung Lilienberg Unternehmerforum, Ermatingen

Herausgeber

Lilienberg
Unternehmerforum
CH-8272 Ermatingen
Telefon +41 71 663 23 23
info@lilienberg.ch
www.lilienberg.ch

Redaktion Stefan Bachofen

Bilder Kerstin Conz, Nico Dosdall,
Richard Elmer, Sascha Erni, Susanne
Grüner, Cinzia Meng, Rositha Noebel,
Angela Schiavone, Samuel Spühler
Layout Alinéa AG, Oetwil am See
Druck Christian Walker, Repro Ferag AG

Von Christoph Vollenweider*

Aussenpolitik ist auch Sicherheitspolitik

«Warum habt Ihr auf dem Lilienberg so viele Anlässe zum Thema Sicherheitspolitik?» Mit dieser Frage konfrontierte uns unlängst eine deutsche Unternehmerin: «Was hat das denn mit einem Unternehmerforum zu tun?» Dass die Frage von einer Deutschen kam, verwunderte niemanden wirklich. In unserem Nachbarland scheint Sicherheitspolitik kein Thema zu sein, das zeigt schon der bedenkliche Zustand, in den die deutsche Politik ihre Armee versetzt hat. So ist nur ein beschränkter Teil der deutschen Waffensysteme einsatztauglich, während die Bundeswehr nicht einmal mehr in der Lage zu sein scheint, die Flugzeuge, die sie der Regierung zur Verfügung stellt, anständig zu warten.

Doch lassen wir die Häme und kehren zum Thema zurück: In unserem Land ist das Thema Sicherheitspolitik weit präsenter. Einerseits hat Sicherheit – gemeint ist hier Sicherheit im weitesten Sinne – in einem Kleinstaat eine grössere Bedeutung als in einem grossen Land. Andererseits hat man in der Schweiz schon seit vielen Jahrzehnten verstanden, dass sich Sicherheitspolitik nicht nur auf Armee, Polizei und Grenzwa- che beschränkt, sondern alle Mittel umfasst, die das Staatswesen zur Verfügung hat, um Existenz, Wohlstand und

Wohlfahrt von Land und Leuten nachhaltig zu sichern. Nicht umsonst lautet eines der Lilienberg-Credos: «Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit, und ohne Freiheit gibt es keine blühende Wirtschaft. Ohne blühende Wirtschaft gibt es keinen Wohlstand und keine Wohlfahrt!».

Wir wollen uns aber jetzt nicht mit der Armee und ihrer Ausrüstung beschäftigen, sondern mit einem immer wichtiger werdenden Element der Sicherheitspolitik – der Aussenpolitik. Die Schweiz ist das am meisten globalisierte Land der Welt und gerade darum auf eine Aussenpolitik angewiesen, die die Interessen der Schweiz in einer zunehmend komplexer und komplizierter werdenden multipolaren Welt wahrnimmt und verteidigt. Dabei gilt es, die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen rund um den Globus dauernd und sorgfältig zu beobachten und zu analysieren, um daraus die richtigen Erkenntnisse und Handlungsrichtlinien für die Schweiz abzuleiten.

Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen – lassen wir einmal das wichtige Verhältnis zur EU beiseite – sind etwa: Welche schweizerischen Interessen können unsere Entwicklungszusammenarbeit

besser berücksichtigen (zum Beispiel mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung in Afrika)? Wie kann die Schweiz ihre Dienste noch besser einbringen, um bei der Lösung von Konflikten behilflich zu sein? Oder: Welche Absichten verfolgen andere Mächte oder Konkurrenten mit ihrer Politik und wo könnte diese uns schaden (zum Beispiel mit Blick auf China)? Und wo vor unserer Haustüre ist generell mehr Aufmerksamkeit gefragt (zum Beispiel in Osteuropa)?

Nebst vielem anderem beschäftigt sich Lilienberg mit diesen Fragen. Wir haben uns mit Chinas Machtpolitik auseinandergesetzt und werden uns mit den Auswirkungen der globalen Konflikte auf die Märkte beschäftigen. Der Besuch von Aussenminister Cassis am 4. Juni wird ein Höhepunkt in diesem Jahr sein. Thema ist vor allem die künftige Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit. Das Thema EU wird dann Gegenstand weiterer Anlässe sein.



Christoph Vollenweider

* Christoph Vollenweider ist Leiter Programm und Publikationen bei der Stiftung Lilienberg Unternehmerforum. Er verantwortet die Umsetzung des Stiftungsgedankens.

Von Stefan Bachofen

Zauberkunst an zwei Steinway-Flügeln

Yaara Tal und Andreas Groethuysen bestätigten beim ersten Lilienberg Rezital in diesem Jahr ihren Ruf als klangästhetisch unübertreffbares und weltweit versiertestes Klavierduo der Gegenwart. Die beiden Künstler präsentierten Werke von Schumann, Saint-Saëns und Debussy und bewiesen dabei ihre (Zauber-)Kunst an zwei Steinway-Flügeln.

«Sechs Stücke in kanonischer Form für den Pedalflügel in der Fassung von Claude Debussy für zwei Klaviere»: Robert Schumanns Werk, mit dem die israelische Pianistin Yaara Tal und ihr deutscher Partner Andreas Groethuysen das Rezital eröffneten, trägt nicht nur einen langen Titel, sondern dauert auch fast 15 Minuten. Doch schon in diesem ersten Konzertteil konnte sich das Publikum davon überzeugen, dass die Fachpresse aus allen Ecken der Welt Yaara Tal und Andreas Groethuysen zu Recht als derzeit international bestes Klavierduo lobt: Jeder spielt für sich kraftvoll und virtuos, und zusammen bildet das exzellent harmonisierende Paar, das die Musik unaufwändig und verinnerlicht spielt, eine perfekte Symbiose.

Moderator Andreas Müller-Crepon erwähnte einleitend, dass Schumann die

sechs im Charakter völlig unterschiedlichen Stücke ursprünglich für ein seltenes Instrument komponierte, das sich aber nie richtig durchsetzen konnte: einen Flügel, unter dem sich ein klingendes Pedal nach dem Vorbild der Orgel befand – weil der Komponist Orgelspielen üben wollte. Schumann selbst schrieb auch eine Fassung für das Klavier, um zu ermöglichen, dass das Stück häufiger aufgeführt wird. Mit seiner Bearbeitung für zwei Klaviere bereicherte Debussy das Werk noch einmal entscheidend, denn er legte damit den Grundstein, dass die Studien als Standardstück für zwei Klaviere populär wurden.

Hohe musikalische Messlatte

Ein nicht sehr oft zu hörendes Werk sind die «Variations sur un Thème de Beethoven» von Camille Saint-Saëns. Ein langer einleitender Satz, Moderato assai, führte zum Thema, Tempo di Minuetto, und neun Variationen, die aufeinander attacca folgten. Bei diesem rhythmisch, dynamisch und agogisch vollkommenen Zusammenspiel war für das Publikum sofort hör- und sichtbar: Das Klavierduo Tal/Groethuysen legt die musikalische Messlatte bei seinen Auftritten sehr hoch. Die Übertragung des Themas auf zwei Klaviere bleibt nahe beim Original, hat aber

bereits ihre technischen Tücken: Beethovens Satz wird taktweise auf die zwei Partner aufgeteilt. Diese setzen die durch Pausen getrennten Akkordpaare zeitlich so, dass ein durchgehender Rhythmus erhalten bleibt. Die beiden Künstler schafften das scheinbar mit Leichtigkeit. Die neun Variationen sind pianistisch aber sehr anspruchsvoll und attraktiv gesetzt; schon die erste ist in der Artikulation der raschen Sechzehntelnoten eine technische Herausforderung.

Grosser Applaus zum Schluss

Den famosen Schlusspunkt setzte das Klavierduo mit Claude Debussys «La Mer» nach einer Fassung von André Caplet, einem Freund des Komponisten. Yaara Tal und Andreas Groethuysen liessen die Zuhörer tief auf ihre ausserordentlichen technischen Fähigkeiten blicken und beeindruckten mit ihrem virtuoseren Spiel dieses Musterbeispiels für impressionistische Musik. «La Mer» gilt als Debussys kostbarste Ode an die Natur: Im Licht der aufgehenden Sonne, dem Rauschen der Wellen, dem Dialog zwischen Wind und Meer glaubte man bei dieser ozeanischen Exkursion, dank des pointierten Anschlags der vier Hände, die Farben eines ganzen Orchesters herauszuhören. Es gelang



Yaara Tal und Andreas Groethuysen: «Es braucht ein Höchstmass an Übereinstimmung und blindem Vertrauen.»

Yaara Tal und Andreas Groethuysen, die verschleierte Struktur der drei bildhaften Skizzen deutlich zu machen und den Klangtausch, der sich immer mehr entfaltet, hymnisch zu steigern.

Tal/Groethuysen zauberten an ihren Flügeln auch immer wieder durch feine Nuancen des Anschlags und durch durchsichtiges Zusammenspiel, insbesondere im abschliessenden «Gespräch des Windes mit dem Meer»: eine mitreissende Interpretation, die das Publikum zu Recht mit tosendem Applaus quittierte. Mit dem «Abendlied» für vier Hände an einem Klavier wählte das Künstlerpaar eines der bekanntesten Werke Robert Schumanns für die Zugabe.

Neugierig, experimentierfreudig und ein blindes Vertrauen

Fazit: Yaara Tal und Andreas Groethuysen zeichnen sich besonders dadurch aus,

dass sie mit ihrem meisterlichen Spiel auch verborgene Schätze der klassischen Musik ans Licht beziehungsweise ins Gehör bringen. Sie sind neugierig und experimentierfreudig wie kaum andere Pianisten im Doppelpack, sie sind aber auch unermüdlich im fantasievollen Ausschreiten ungewöhnlicher Repertoires. Und ganz wichtig: «Es braucht ein Höchstmass an Übereinstimmung und blindem Vertrauen», wie Andreas Groethuysen über das gemeinsame Spiel mit seiner Partnerin im Interview mit dem Moderator betonte. «Man geht in einem gemeinsamen Klang auf – man verschmilzt geradezu.»

Lilienberg Rezital vom 5. März 2019 mit dem Klavierduo Yaara Tal und Andreas Groethuysen; Gastgeber: Lilienberg Unternehmerforum, vertreten durch Susanne Rau-Reist; Moderation: Andreas Müller-Crepon.

Die Künstler

Yaara Tal (Jahrgang 1955) und ihr Partner Andreas Groethuysen (Jahrgang 1956) bilden aus Sicht vieler Musikkritiker das international beste Klavierduo. Sie treten seit 1985 gemeinsam auf und spielen in den renommiertesten Konzerthäusern der Welt. Stellvertretend für viele seien genannt: Concertgebouw Amsterdam, Philharmonie Berlin, Alte Oper Frankfurt, Musikhalle Hamburg, Hongkong Arts Festival, Philharmonie Köln, Teatro alla Scala Mailand, Philharmonie München, Radio France, Frick Collection New York, Forbidden City Concert Hall Peking, Klavierfestival La Roque d'Anthéron, Klavierfestival Ruhr, Salzburger Festspiele, Wiener Musikverein, Tonhalle Zürich, Festwochen Luzern.

Ein besonderes Markenzeichen von Tal & Groethuysen ist die Kreativität in der Gestaltung der Programme, in denen auch immer wieder zu Unrecht vernachlässigte Schätze des Repertoires zum Zuge kommen. So spielt das Duo zum Beispiel das selten aufgeführte Konzert für zwei Klaviere und Orchester von Ralph Vaughan Williams (unter anderem mit dem Gewandhausorchester und dem Musikkollegium Winterthur), oder bringt mit Kammerorchester Werke von Czerny, Lipatti, Bach oder Veress zur Aufführung.

Yaara Tal und Andreas Groethuysen arbeiten als Professoren für Klavierduo an der Universität Mozarteum in Salzburg.

Von Marcel Vollenweider

«Medien kämpfen um Aufmerksamkeit»

167. Lilienberg Gespräch mit Gilles Marchand, Generaldirektor der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

SRG-Generaldirektor Gilles Marchand konstatierte bei seinem Besuch auf Lilienberg, dass die Nutzer von Medien nicht nur über mehr Zeit für den Konsum von Medienprodukten verfügen, sondern auch auf eine grössere Vielfalt an Medien zurückgreifen können. «Die grosse Herausforderung des SRF, dies gerade auch nach der Billag-Abstimmung, bleibt der Kampf um die Aufmerksamkeit», betonte er. Die Qualität müsse in der Aufbereitung von Information und Unterhaltung aber stets an erster Stelle stehen.

Seit gut einem Jahr ist Gilles Marchand an der Spitze der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR. Dr. Andreas Jäggi, Verantwortlicher für das Aktionsfeld Medien & Kommunikation beim Lilienberg Unternehmerforum, führte das Gespräch mit dem Medienexperten. Nach seinem Bezug zur Bodensee-Region befragt, meinte er, «dass es nicht nur den Genfersee gibt...»

«Reformprozess läuft»

Vom Moderator auf die Auswirkungen der No-Billag-Abstimmung angesprochen, meinte Marchand, dass die SRG bereit gewesen sei, «das Unternehmen zu stoppen», falls die Initiative angenommen worden wäre. «Einen Plan B gab es nicht, nur einen Plan Reform», betonte er. «Doch wie hätten wir, bei Annahme der Initiative, 6000 Mitarbeitende entlassen sollen?»

Als SRG habe man vor der No-Billag-Abstimmung keine Gegenkampagne lancieren

können. «Man hätte es zu Recht nicht goutiert, wenn wir hierfür öffentlich generierte Gelder eingesetzt hätten», führte er aus. Man habe nur erklären können. Letztlich sei das Resultat der Abstimmung für die SRG positiv ausgefallen, «aber es war klar, dass wir eine Strategie entwickeln und vorantreiben mussten», betonte Marchand. Die SRG und insbesondere SRF befänden sich im Reformprozess. Es gelte, rund 100 Millionen Franken einzusparen. Marchand: «Trotz dieser Sparbemühungen müssen wir uns für die Zukunft rüsten. Audiobeiträge werden einen immer höheren Stellenwert erhalten», verriet er. «Das Publikum», so hofft der SRG-Generaldirektor, «soll den Sparprozess aber möglichst wenig zu spüren bekommen.»

Wichtige Verknüpfung von Inhalt und Technologie

Gilles Marchand ist sich bewusst, dass in der Medienlandschaft weitere Veränderungen

anstehen. «Bisher haben wir mit der Maus am Computer kommuniziert, bald wird es unsere Stimme sein. Etwa, wenn es darum geht, Sendungen oder Beiträge zu bestimmten Themen herunterzuladen», sagte Marchand. Das Buhlen um die Aufmerksamkeit der Medienkonsumierenden werde sich weiter verschärfen.

Marchand ist überzeugt, dass SRF gegen die grosse Konkurrenz bestehen können. «Wir müssen agil bleiben und uns rasch bewegen», sagte er. Es gelte, Inhalt und Technologie zu verlinken. Ebenso bedeutend sei die Fähigkeit seines Unternehmens, Kooperationen einzugehen, allenfalls auch mit Privaten. «Wieso sollen die von uns aufbereiteten Inhalte nicht auch von anderen Medienunternehmen genutzt werden?», fragte er. Klar sei, dass die SRG künftig noch effizienter arbeiten müsse, denn es stünden weniger finanzielle Mittel zur Verfügung. Marchand schweben auch neue Distributionsformen vor.

Man könne nicht darüber hinwegsehen, dass die Menschen heute mehr Zeit für den Konsum von Medienprodukten hätten. Da das Angebot an Medienprodukten gross sei, gelte es auch um die Aufmerksamkeit der Nutzer zu buhlen. «Die Qualität darf



Gilles Marchand (rechts) ist überzeugt, dass SRF gegen die grosse Konkurrenz bestehen kann. Links Moderator Andreas Jäggi.

dabei aber nie auf der Strecke bleiben», so Marchand.

Das «Wir»-Gefühl bewahren

Gilles Marchand wünscht sich, in der zunehmend digitalisierten (Medien-)Welt das «Wir»-Gefühl zu bewahren. Dabei sei es auch wichtig, die regionale Vielfalt im

Fokus zu halten. «Ich wünsche mir, bei aller Konkurrenz und wegbrechenden Werbeeinnahmen, die Schweizer Werte bewahren zu können», betonte er. Die Schweiz stehe für Vielfalt, «und die gemeinsame Idee ist nicht nur ein Slogan, sondern wichtig.» Das drohende Auseinanderdriften der Gesellschaft wertet Marchand als «globales

Risiko». Die Digitalisierung der Gesellschaft sei nicht nur eine Technologiefrage, sondern auch eine soziologische, führte er aus. «Auch die SRG und das SRF tragen hier eine Verantwortung», unterstrich er. Beim Aufbereiten von Informationen und Unterhaltung sei der Fokus aufs Lokale auch künftig bedeutend.

Zur Person Gilles Marchand

Gilles Marchand wuchs als Sohn eines französischen Vaters und einer waadtländischen Mutter in Paris und später in Trélex nahe von Nyon am Genfersee auf. Der heute 56-Jährige besuchte die Schulen im schweizerisch-französischen Grenzgebiet, wo er auch die Matura ablegte. Danach studierte Marchand an der Universität Genf Soziologie und schloss mit einem Master ab. Auf Lilienberg meinte er, dass er das, was er einst während des Studiums gelernt habe, auch heute noch nutzen könne.

Von 1988 bis 1990 war Marchand für die «Tribune de Genève» in der Leserforschung und im Marketing tätig. Später wechselte er zu Ringier Romandie, wo er die Forschungs-, Marketing- und Kommunikationsabteilung leitete und 1998 die Direktion übernahm.

2001 wurde Marchand zum Direktor der Télévision Suisse Romande (TSR) gewählt. 2010, nach der Zusammenlegung von Radio, Fernsehen und Online zu Radio Télévision Suisse (RTS), wurde er zu deren Direktor ernannt sowie zum Mitglied der Generaldirektion der SSR SRG. In diesem Gremium war Marchand bis 2017 Stellvertreter von Generaldirektor Roger de Weck, dessen Nachfolge er vor gut einem Jahr antrat. Als Direktor der SRG SSR ist Marchand ebenso Mitglied ad personam der vom Bundesrat eingesetzten Eidgenössischen Medienkommission.

Aus dem Publikum kam die Frage, wie denn das «Wir»-Gefühl in der Schweizer Medienlandschaft gepflegt werden könne. Marchand schwebt vor, dass eine Art Reportagenbörse für alle Sprachregionen der Schweiz aufbereitet werden müsse. «Wir sollten auch regelmässig Sendungen über die anderen Sprachregionen produzieren», sagte er. An dieser Plattform-Idee werde bereits intensiv gearbeitet.

167. Lilienberg Gespräch vom 28. November 2018 mit Gilles Marchand, Generaldirektor der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG SSR); Moderation: Dr. Andreas Jäggi, Aktionsfeld Medien & Kommunikation.

Von Kerstin Conz

Schon wieder eine Kanzlerin?

168. Lilienberg Gespräch mit Andreas Jung, Mitglied des Deutschen Bundestages, Wahlkreis Konstanz

Sie hat es wieder geschafft. Das US-Magazin «Forbes» hat Bundeskanzlerin Angela Merkel noch einmal zur mächtigsten Frau der Welt gekürt. Doch ihre Ära geht zu Ende. Der Bundestagsabgeordnete Andreas Jung (CDU) diskutierte mit Christoph Vollenweider darüber, wohin Deutschland künftig steuert. Dass nach 14 Jahren schon wieder eine Frau ans Ruder kommt, sorgte vor allem im Wirtschaftsflügel für Entsetzen. Doch dazu besteht kein Grund, findet Jung.

Beim G20-Gipfel in Argentinien wurde Angela Merkel gefeiert wie ein Popstar. Auch «Forbes» ist begeistert. Die Bundeskanzlerin bleibe die «Anführerin Europas». Das Magazin würdigte die 64-Jährige für ihre «eiserne Entschlossenheit», mit der sie sich US-Präsident Donald Trump entgegenstelle und «mehr als eine Million syrische Flüchtlinge» in ihr Land gelassen habe. Merkel nimmt den Spitzenplatz in der Liste der 100 mächtigsten Frauen

im achten Jahr in Folge ein. Die «grosse Frage» sei nun, wer und was nach ihr kommen werde.

Genau diese Frage beschäftigte auch die Gäste auf Lilienberg. Dass der Titel «Wohin steuert Deutschland?» so aktuell sein würde, hätte Christoph Vollenweider nicht gedacht, als er ein halbes Jahr zuvor den Konstanzer Bundestagsabgeordneten eingeladen hatte. Als Andreas Jung wenige

Tage vor dem entscheidenden Parteitag kommt, steht die CDU an einem Scheideweg. Es geht um den Parteivorsitz. Angela Merkel hatte nach der verpatzten Bayernwahl und dem Erstarren der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) überraschend angekündigt, nicht mehr zu kandidieren. Auch eine weitere Kanzlerkandidatur schliesst sie aus.

Krisen nur gemanagt statt gelöst?

«Deutschland steht gut da», resümiert Jung. «Das hat schon mit politischer Führung zu tun.» Doch das Ende der Ära Merkel sorgt auch für Erleichterung. Merkel habe Krisen eher gemanagt statt gelöst, so Vollenweider. Von einer politischen Debattenkultur sei nicht mehr viel zu spüren gewesen. Merkel steht nicht nur für eine stabile Regierungszeit. Sie steht auch für Kurswechsel, etwa beim Atomausstieg, der Abschaffung der Wehrpflicht und der Ehe für alle, die vor allem dem konservativen Flügel gegen den Strich geht.

«Hauptproblem ist aber die Flüchtlingsfrage», so Vollenweider. Der Riss zieht sich quer durch die Partei, räumt Jung ein. Das sehe man auch im Wahlkreis Konstanz. Während der Oberbürgermeister den Einsatz von rund 2000 Paten lobte, setzte der

Zur Person Andreas Jung

Andreas Jung (42) ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags. Der Abgeordnete des Wahlkreises Konstanz ist Chef der baden-württembergischen CDU-Landesgruppe im Bundestag und lebt mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern auf der Insel Reichenau. «Mein erster Blick am morgen geht rüber in die Schweiz», sagt der Wirtschaftsanwalt. «Wir arbeiten in vielen Fragen sehr gut zusammen», auch wenn die grenzübergreifende Zusammenarbeit noch besser werden könne. Eine Streitfrage sei der Flughafen Zürich. «Wir sind sehr daran interessiert, dass man sich nochmal zusammensetzt und neu verhandelt.» Für Deutschland sei wichtig, dass die Hürden nach der Masseneinwanderungsinitiative nicht höher werden.



Der Bundestags-Abgeordnete Andreas Jung mit Parteikollegin und (Noch)-Kanzlerin Angela Merkel.

Landrat Merkels berühmten «Wir schaffen das» ein wütendes «Wir schaffen das nicht» entgegen. Berlin habe viel getan, um den Zuzug zu begrenzen, sagte Jung. Die Kosovo-Staaten seien schnell als sichere Herkunftsländer erklärt worden. Heute komme kaum mehr jemand von dort. Die Maghreb Staaten sollen noch kommen.

Doch wie geht es weiter? Die Frage hatte in der Partei eine spannende Debatte ausgelöst. Sogar von Aufbruchsstimmung war die Rede. Im Kampf um den Vorsitz hätten sich so viele zur Wahl gestellt, dass zeitweise der Witz kursierte, wer eigentlich nicht kandidiere, scherzte Jung. Im Kern konzentrierte sich die Debatte auf drei Kandidaten: Da war zum einen der zackige Jungspund und Gesundheitsminister Jens Spahn (38), zum andern der konservative Friedrich Merz, der Merkel 2002 im Kampf um den Posten als Fraktionsvorsitzender unterlag und aus Frust der Politik den Rücken kehrte. Kritiker sehen in dem 63-Jährigen einen Wiedergänger, der sich die CDU der Vor-Merkel-Ära zurückwünscht.

Schon wieder die Gender-Diskussion

Doch Merz hat nach seinem Ausstieg aus der Politik als Wirtschaftsanwalt Karriere gemacht, zuletzt als Aufsichtsratsvorsitzender und Lobbyist für den weltweit grössten Vermögensverwalter BlackRock. Vor allem der Wirtschaftsflügel in der Partei hat ihn unterstützt. Die konservative Südwest-CDU hatte sogar Unterschriften gesammelt. Merz galt fast als gesetzt. Auch, weil man ja nicht schon wieder eine Frau wählen könne, wie einige Delegierte hinter vorgehaltener Hand meinten, verriet Jung. Dass man über diese Frage überhaupt noch diskutiere, fand der Chef der baden-württembergischen CDU-Landesgruppe im Bundestag durchaus amüsant. Schliesslich hatten jahrzehntelang Männer den Vorsitz.

Dritte im Bunde war die ehemalige saarländische Innenministerin und Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (56), die Merkel als Generalsekretärin nach Berlin geholt hatte. Jung war einer der wenigen prominenten Unterstützer aus dem Südwesten. Warum? «Weil ich es ihr am meisten zutraue.» Wo andere nur

reden, habe sie über 40 Prozent für die CDU im Saarland geholt, und wo andere nur reden, habe sie die AfD kleingehalten und wo andere nur reden, habe sie die Alterserkennung bei minderjährigen Flüchtlingen eingeführt.

Dass nun eine Frau Merkel beerbt, ist dennoch nicht weniger als eine Sensation. Schliesslich ist AKK – wie Annegret Kramp-Karrenbauer wegen ihres sperrigen Doppelnamens genannt wird – als Parteivorsitzende auch designierte Kanzlerkandidatin. Doch wenn sie 2021 Kanzlerin werden will, muss sie die Partei zunächst erst wieder einen und sowohl von den Grünen als auch von der AfD Wähler zurückgewinnen, meinte Jung. Das klingt nicht nach weiter so. Und tatsächlich hat AKK schon kurz nach ihrer Wahl angekündigt, dass sie der Kanzlerin, wo nötig, Paroli bieten will.

Lilienberg Gespräch vom 4. Dezember 2018 mit Andreas Jung, Mitglied des Deutschen Bundestages, Wahlkreis Konstanz; Moderation: Christoph Vollenweider, Leiter Programm und Publikationen.

Von Remo Reginold und Urs Vögeli

Machtpolitik anders lesen – am Beispiel von Chinas neuer Seidenstrasse

Das Seidenstrassen-Projekt gibt interessante Einblicke, wie heute Machtpolitik betrieben wird. In seinem Referat untersuchte Dr. Remo Reginold die strategischen Ambitionen Chinas und zeigte auf, wie Infrastrukturen, Technologien und Symbolpolitik wirkungsmächtige Mittel von Machtpolitik sind. Dabei wurde Folgendes klar: Machtpolitik lesen, heisst heute hinter die Fassade des Offensichtlichen zu blicken.

Der Kommandant des US Indo-Pacific Command, Admiral Philip S. Davidson, bringt Chinas Machtpolitik auf den Punkt. Er meinte unlängst, dass China nun fähig ist, das Südchinesische Meer in allen Szenarien nahe dem Krieg zu kontrollieren.

Die Aussage des Admirals gilt nicht nur für das Südchinesische Meer, sondern kann sinngemäss durchaus auf Chinas geopolitische Ambitionen übersetzt werden. Das ist eine strategische Sonderleistung, die China neue geopolitische Optionen ermöglicht. Das Seidenstrassen-Projekt – offiziell Belt-and-Road Initiative (BRI) – ist dabei das wirkungsmächtigste Beispiel. Über den Land- und über den Seeweg will Peking Asien, Afrika und Europa erschliessen und wirtschaftlich miteinander verbinden. Ein gigantisches Infrastrukturprojekt, das den Ländern entlang der Seidenstrasse Investitionen, Austausch und Integration in die Weltmärkte bringen wird. In den Köpfen der Menschen soll China sich als globale Wirtschaftsmacht

und marktwirtschaftlicher Kooperationspartner einprägen, so das erklärte Ziel der chinesischen Führung.

Mit dieser Lesart kann man sich begnügen. Es ist aber ungemein interessanter zu verstehen, wie die Aussage Admirals Davidsons gelesen werden könnte: Inwiefern braucht China die Seidenstrasse als Vehikel, um seine geopolitische Position jenseits von marktwirtschaftlichen Faktoren zu festigen? Remo Reginold ging auf

Lilienberg dieser tieferliegenden Frage nach.

Spin Politics – die neue machtpolitische Waffe

Aufbauend auf dem Konzept von Spin Politics (siehe Textbox) betonte Reginold, dass Machtpolitik heute vor allem der Kampf um Deutungshoheit ist. Mit dieser Waffe ausgerüstet, können Staaten und parastaatliche Akteure ihre geopolitischen Ambitionen verbergen und Zielbeziehungen verschleiern. Wie Admiral Davidson verwies, können die Chinesen dies äusserst geschickt. Peking schafft es, Zielbeziehungen in Wirtschaft, Technologie, Diplomatie und Geopolitik geschickt zu spinen. Als Beispiel nannte der Referent die

Vier Thesen zu Spin Politics

These 1: Machtpolitik ist heute Kampf um Deutungshoheit.

These 2: Deutungshoheit ist das Übersetzen von Handlungen, Ereignissen und Trends mittels der Grammatik von Hidden Agenden.

These 3: Hidden Agenden haben Eigendynamik – sie sind Spin-Tools, die Kontexte und Operationssphären verwischen.

These 4: Das Verwischen ermöglicht geopolitische Zielbeziehungen bewusst zu maskieren.

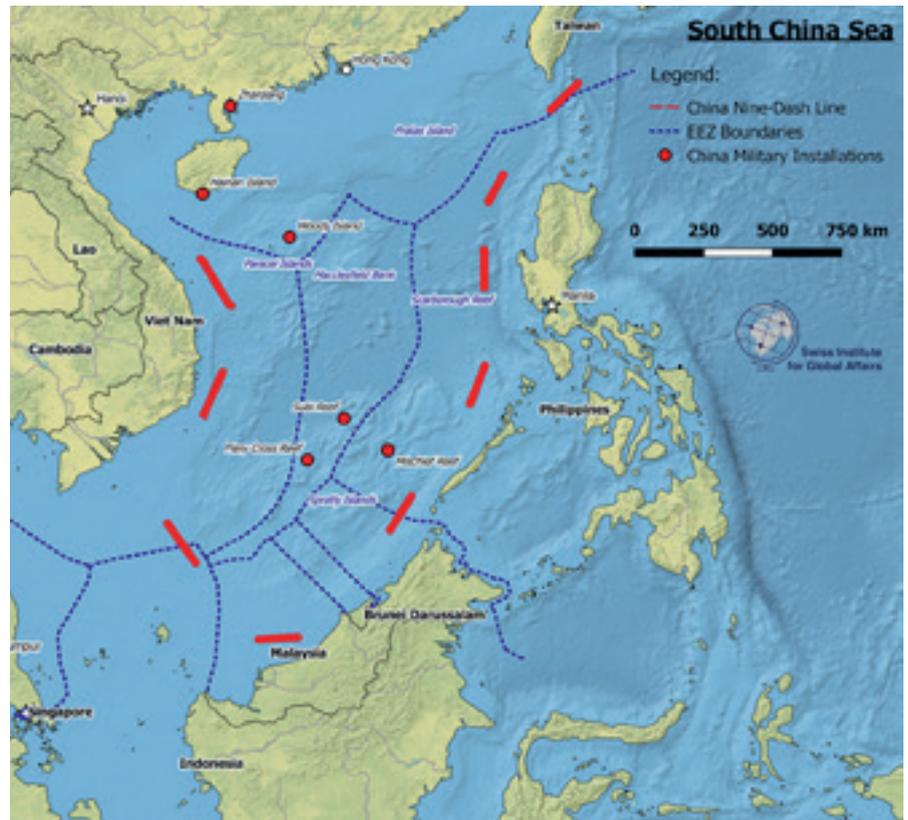
Weiterführende Informationen zu Spin Politics in: Spin Politics – Machtpolitik anders lesen. Military Power Review der Schweizer Armee – Nr. 2/2018.

Entwicklungen im Südchinesischen Meer. Als wichtiger Abschnitt der maritimen Seidenstrasse zeigen die Aktivitäten im Südchinesischen Meer exemplarisch auf, wie China heute Spin Politics betreibt.

Der chinesische Spin

Auf Grundlage des potenziellen Rohstoffvorkommens im Südchinesischen Meer ist dieses Gebiet nur schon ökonomisch ein wichtiges Asset für China. Es werden gigantische Öl- und Gasvorkommen angenommen. In den ausschliesslichen Wirtschaftszonen der Anrainerstaaten Vietnam, Indonesien, Malaysia und den Philippinen werden die meisten Rohstoffvorkommen vermutet. Damit diese Staaten und die Rohstoffkonzerne keine Alleingänge wagen, weiss China sich geschickt zu positionieren. Nicht als Antagonist, sondern als Kooperationspartner setzt sich China in Szene. Ganz in der Rhetorik der BRI verspricht Peking den Partnerstaaten Infrastrukturprojekte, Investitionen und technischen Support.

Im Gegenzug verlangt China, dass seine eigenen Forderungen berücksichtigt und umgesetzt werden. Diese Joint-Ventures folgen klar einer Zuckerwatte-Peitsche Logik. Was in der BRI als Win-Win-Option



Nine-Dash-Line: Diese Linien machen die historischen Hoheitsansprüche der Chinesen im Südchinesischen Meer geltend. Ein Urteil des Den Haager Ständigen Schiedsgerichtshof bestätigte, dass die Gebiete der Nine-Dash-Line den Anrainerstaaten und nicht China gehören. Doch China ignorierte das Urteil und setzte mit seiner Salami-Taktik machtpolitisch weitere Zeichen. (SIGA Map Service)



Der Live-Visualisierungskünstler Patrick Stahel brachte das Referat von Dr. Remo Reginald und die anschließende Diskussion mit dem Publikum grafisch aufs Papier.

verkauft wird, wird für Staaten wie Indonesien oder Malaysia zu einer Win-Win-Loose-Realität. Chinesische Kredite werden vergeben (Win), chinesische Bauunternehmen werden für die Infrastrukturprojekte

beauftragt (Win) und wenn die Projekte nicht den ökonomischen Erfolg aufweisen, müssen die Partnerstaaten die Infrastrukturen an China abgeben (Loose). In anderen Fällen müssen auf chinesischem Druck

hin Staaten von ihren Rechten und Besitz zurücktreten (Loose).

Ein gutes Beispiel dafür ist die Nine-Dash-Line (siehe Karte auf Seite 11). Diese Linien machen die historischen Hoheitsansprüche der Chinesen im Südchinesischen Meer geltend. Ein Urteil des Den Haager Ständigen Schiedsgerichtshof bestätigte, dass die Gebiete der Nine-Dash-Line den Anrainerstaaten und nicht China gehören. China ignorierte das Urteil und setzte mit seiner Salami-Taktik machtpolitisch weitere Zeichen. Indem die Chinesen in diesen umstrittenen Gewässern illegal künstliche Inseln aufschütten und darauf Militärbasen bauen, ignorieren sie nicht nur internationales Recht, sondern sie schaffen mit dem Zweihänder geopolitische Fakten. Entscheidend und ein weiterer Fakt ist, dass sie dabei bis heute niemand daran hindert. Damit schaffen sie den machtpolitischen full circle, der es ihnen erlaubt, ökonomische Ansprüche und geopolitische Drogebärden mit diplomatischem Geschick zu verbinden und so Deutungshoheit für sich in Anspruch zu nehmen.

Bedeutung für die Schweiz

Das Verwischen von strategischen Zielen ist für eine nüchterne Einschätzung der

BRI nicht einfach. Was klar scheint, ist, dass China und vornehmlich die Kommunistische Partei national wie international ihre Position und ihre Werte stärken will. Dabei ist die BRI nur ein Mittel zum Zweck. Der Schweizer Regierung und den hiesigen Unternehmen muss aber klar sein, dass China mit der BRI mehr als nur

wirtschaftliche Ziele verfolgt. Inwiefern wir uns von der Supermacht infrastrukturell und monetär abhängig machen wollen, ist heute schwierig zu beurteilen. Globale Machtverschiebungen, aber auch unberechenbare Sicherheitsarchitekturen stellen die Schweiz vor neue Tatsachen. Deshalb lautete das Schlusscredo des

Referats von Remo Reginold auch, dass die Schweiz eine eigene, pragmatische Strategie entwickeln muss und wir dringend lernen müssen, hinter die Fassade von kurzfristigen Opportunitäten und Versprechen zu schauen.



Referent Dr. Remo Reginold (Mitte) beantwortet beim Apéro weitere Fragen des interessierten Publikums. Rechts Lilienberg Freund Fritz Kläy, CEO des Sicherheits-Metallbauunternehmens Safos in Wangen. Links Jean-Pierre Huwyl, Begleiter von Fritz Kläy an diesem Anlass.

Unternehmerisches Gespräch vom 29. Januar 2019 «Machtpolitik anders lesen – am Beispiel von Chinas neuer Seidenstrasse» mit Dr. Remo Reginold, Mitinitiant des Swiss Institute for Global Affairs und Lehrbeauftragter an der Universität Basel und Patrick Stahel, Live-Visualisierungskünstler; Moderation: Christoph Vollenweider, Leiter Programm und Publikationen.

Von Roger Kölbener

Die Algorithmen der Demokratie

Die mehrteilige Veranstaltungsreihe «Schweiz 4.0 plus» widmet sich dem Thema, ob und wie Digitalisierung und Demokratie zusammenpassen. Am Kolloquium von Ende November skizzierte Moderator Dr. Raban Fuhrmann einleitend die zentralen Fragestellungen des Anlasses: Welche Auswirkung wird die Digitalisierung auf die Institutionen der Demokratie und ihre wichtigen Schnittstellen haben? Wird sie diese öffnen und den Meinungsbildungsprozess erleichtern, oder wird sie sich kontraproduktiv auswirken?

Demokratie bewegt sich stets an den Schnittstellen des Dreiecks Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft. Eine funktionierende Demokratie schafft eine Agora, die diese drei Akteure zusammenbringt und in einen gemeinsamen, stets am Gemeinwohl orientierten Dialog treten lässt. Entscheidend wird also sein, wie sich die Digitalisierung mit ihren Schlüsseltechnologien (Internet der Dinge, Blockchain und Künstliche Intelligenz) auf die Schnittstellen dieses Dialogs auswirkt.

Globale Trends und Demokratie als Prozess

Bruno Kaufmann, der weltweit als Demokratie-Botschafter tätig ist, vermittelte einen Überblick der globalen Entwicklungen in Sachen Demokratie. Er identifizierte diverse Trends: einerseits hin zu mehr Demokratie auf lokaler, aber auch auf transnationaler Ebene, beispielsweise in Europa. Andererseits hin zu einer

digitalen und zu mehr direkter Demokratie. Taiwan beispielsweise verfügt über einen eigenen Minister für digitale Demokratie.

«Die Frage ist nicht ob, sondern wie Demokratie und Digitalisierung zusammengehören.»

(Bruno Kaufmann)

Entscheidend in einer Demokratie sei aber, so Kaufmann, dass es sich um einen Prozess, nicht um eine Ideologie handle. Demokratie als Einzelevent funktioniere nicht, wie das Beispiel Brexit zeige. Ausserdem ist das Vertrauen in diese Prozesse zentral. Genau dies gilt es auch bei der Digitalisierung der Demokratie zu bedenken: Sie muss die Prozesse und das in sie gesetzte Vertrauen stärken. Die Frage laute aber nicht, ob Demokratie und Digitalisierung zusammengehören, sondern wie.

Wie Algorithmen mitreden – aber nicht mitdenken

Wie sich die Digitalisierung auf den Meinungsbildungsprozess in einer Demokratie auswirkt, zeigte Social-Media-Expertin Adrienne Fichter am Beispiel Facebook und den US-Wahlen 2016 auf. Während den Sozialen Medien im arabischen Frühling noch eine positive Rolle zugestanden wurde, steht seit 2016 die Sorge um Manipulation im Vordergrund.

Wer einen Artikel publiziert, der sich auf Facebook rasant verbreitet, kann viel Geld verdienen. Das machten sich auch Leute im US-Wahlkampf zu nutze, indem sie sich als Medienunternehmer ausgaben und reissende, aber erfundene Stories ins Netz stellten, die sie dann künstlich hochpushten, um möglichst viele Leute zu erreichen. Schnell fanden sie heraus: Was sich am besten verkauft, sind Negativschlagzeilen über Hillary Clinton. Je grotesker desto besser. Nur wahr müssen sie nicht sein.

Das Problem: Der Algorithmus von Facebook fördert dieses Vorgehen, ist aber selbst dumm, denn er kann Fake News nicht als solche erkennen. Es gewinnt am Ende, wer Lärm macht. Auf Kosten der Wahrheit und der Qualität. Fichter fordert

daher von Facebook & Co. Transparenz über die verwendeten Algorithmen und Kampagnendaten. Nur so können klassische Medien ihre Kontrollfunktion wahrnehmen und die Wissenschaft Erkenntnisse gewinnen, die uns mittelfristig ermöglichen, demokratiefreundlichere Plattformen zu bauen.

Vertrauen am Beispiel E-Voting

Der Informatiker Volker Birk vom «Chaos Computer Club» erklärte, weshalb seine Organisation ein Verbot von E-Voting fordert. Seine Ausführungen bewegten sich in einem mitunter diffusen Feld vermeintlicher Fähigkeiten und manipulativer Absichten von Geheimdiensten und Hackern. Sein Argument lautet: Kein System ist 100 Prozent sicher, aber bei der Demokratie dürfen wir nichts riskieren. Auch E-Banking-Systeme seien nie 100 Prozent sicher, der entstandene Schaden werde aber ersetzt und nicht öffentlich gemacht, um das Vertrauen nicht zu gefährden.

Eigentlich, so Birk, müsste er als Mitglied der Piratenpartei ja ein Befürworter von E-Voting sein, denn so könne diese einfach zur stärksten Partei werden. Dass dieses Resultat natürlich keiner Wahlauswertung standhalten würde, weil es selbst für den



Über 30 Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Frauenfeld nahmen an der Veranstaltung teil. Rechts im Bild Moderator Dr. Raban Fuhrmann bei der Begrüssung.

Laien völlig unplausibel wäre, provozierte Heiterkeit im Publikum. Ironischerweise könnten Risiken im Bereich E-Voting durch statistische Plausibilitätskontrollen der Resultate minimiert werden.

Digitale Rechte des Menschen

Dr. Ernst von Kimakowitz fasste die Herausforderungen zusammen. Grundsätzlich gelte: Wenn Plattformen gratis sind, dann deshalb, weil wir mit unseren Daten nicht der Kunde, sondern das Produkt sind. Da ein Geschäftsmodell, wie jenes von Facebook einer betriebswirtschaftlichen Logik folgt, entstehen auch Konflikte mit dem Allgemeinut der Demokratie. Insbesondere die Entstehung von Filterblasen, in denen jeder nur noch das zu lesen bekommt, was seiner Meinung bereits entspricht, ist gefährlich.

«Wir sind als User nicht Kunde von Facebook. Wir sind das Produkt.»

(Ernst von Kimakowitz)

Demokratie lebt ja gerade von der Auseinandersetzung mit anderen Meinungen! Er forderte deshalb eine Charta der digitalen Menschenrechte, welche das Primat der Politik in diesem sensiblen Bereich garantiert.

Zyklus «Schweiz 4.0 plus: Welche Perspektiven und Folgerungen stellen sich für die Schweiz aus der Digitalisierung?»; Kolloquium vom 22. November 2018 «Demokratie 4.0 plus: Was macht die Digitalisierung aus unserem politischen Selbstverständnis?» mit Bruno Kaufmann, Schweizer Journalist und Demokratieberater weltweit, Schweizer Demokratiestiftung; Volker Birk, Informatiker, «Initiative E-Voting? Nein danke!»; Adrienne Fichter, Autorin und Social-Media-Expertin, Digital-Redakteurin bei der «Republik» und Dr. Ernst von Kimakowitz, Humanistic Management Center und EthicsFirst; Moderation: Dr. Raban Daniel Fuhrmann, (Aktionsfeld Unternehmenskultur & -ethik).

Von Roger Kölbener

Eine Digitalisierung mit Herz braucht menschliche Kopfarbeit

Der Januar-Anlass der Veranstaltungsreihe «Schweiz 4.0 plus» befasste sich mit den sozialen Aspekten, mit denen unsere Gesellschaft durch die fortschreitende Digitalisierung konfrontiert ist. Dazu gehört zum einen die Frage nach den zukünftigen Anforderungen an unsere Bildungssysteme, zum anderen die Frage, welche Auswirkungen die Digitalisierung auf unsere Sozialsysteme haben wird: Wie müssen wir diese reformieren – oder müssen wir sie gar vollständig umkrempeln und umdenken?

Die Digitalisierung stellt eine Reihe von Fragen an das Bildungswesen. Dabei geht es aber nicht nur darum, wie der Umgang mit digitalen Medien vermittelt werden kann. Mindestens so wichtig sind auch weiterreichende und grundsätzlichere Fragen: Welches sind überhaupt die Kompetenzen, die das Bildungssystem in Zukunft vermitteln muss? Und wie gelingt soziale Inklusion, sprich wie können auch bildungschwache Teile der Gesellschaft weiterhin in die Volkswirtschaft integriert werden, wenn zumindest das «einfache Denken» dereinst von Computern erledigt wird?

Urs Prantl empfahl in seinem Inputreferat davon auszugehen, dass das, was digitalisiert werden kann, auch digitalisiert wird. Er zeigte sich überzeugt, dass Kreativität, Querschnittsdenken und soziales Denken jene Kompetenzen sein werden, in die es sich zu investieren lohnt. Sie können schlecht von Computern übernommen

werden, bleiben aber weiterhin wichtig oder werden gerade deshalb noch wichtiger. Es sei auch ein Irrtum, die Anforderungen an die Bildung einseitig aus dem Blickwinkel zweckorientierter Wirtschaftstauglichkeit zu sehen. Digitalisierung heisse nicht einfach, dass es jetzt nur noch Informatiker braucht. Man müsse weiter und ganzheitlicher denken.

Auch der zweite Referent, Daniel Häni, schlug in diese Kerbe. Er stellte die spannende Frage, wie sich denn die Tugenden in einer digitalisierten Gesellschaft und Wirtschaft verändern werden. Braucht es noch Fleiss und Gehorsam – und nicht vielmehr Kreativität und Empathie? Tugenden haben sich schliesslich immer als Reaktion auf das Umfeld herausgebildet, welches eine Gesellschaft vorfindet.

Während die Industrialisierung den Menschen von vielen körperlichen Arbeiten

befreit hat, wird ihn die Digitalisierung von repetitiver geistiger Arbeit entbinden. In Anspielung auf Pestalozzis Konzept der Elementarbildung fasste Dr. Beat Sieber vom Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich daher pointiert zusammen: Was von Pestalozzis pädagogischem Ideal des gesamtheitlichen Lernens mit Kopf, Herz und Hand in Zeiten der Digitalisierung immer wichtiger wird, ist das Herz.

«Von Pestalozzis Lernen mit Kopf, Herz und Hand wird das Herz in Zeiten der Digitalisierung immer wichtiger.»
(Dr. Beat Sieber)

Das Grundeinkommen: Herz der Digitalisierung oder Utopie?

Was aber, wenn die Digitalisierung das Herz unserer Sozialsysteme grundsätzlich trifft? In diese Richtung denkt, «sehr radikal», wie er zugibt, Daniel Häni. Häni war Mitinitiant der Volksinitiative für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGI), welche das Schweizer Volk im Jahr 2016 mit 77 Prozent Nein-Stimmen deutlich verworfen hatte. Häni ist trotzdem zufrieden, jene Debatte lanciert zu haben – und



Die Digitalisierung wird die Wirtschaft so verändern, dass es kein Produktionsproblem mehr gibt, stattdessen aber ein Nachfrageproblem.

überzeugt, dass wir nicht das letzte Mal über diese Idee debattiert haben.

Doch wie kommt man überhaupt auf die Idee des Grundeinkommens? Häni sieht darin die humanistische Antwort auf die Digitalisierung. Diese werde die Wirtschaft so verändern, dass es kein Produktionsproblem mehr gibt, stattdessen aber ein Nachfrageproblem. Es brauche zwar weiterhin Konsumenten, aber nicht mehr alle von ihnen, um die Güter und Dienstleistungen herzustellen, da dies zunehmend von Computern und Robotern erledigt wird. Der heutige, auf Bismarck zurückgehende Sozialstaat gehe stets vom Bild des Selbstversorgers aus, der sich dann solidarisch um die Jungen, Alten und Schwachen kümmert. Aber wird es diesen Selbstversorger überhaupt noch geben? Und könnte nicht ein gesichertes Grundeinkommen jenes Potenzial an Kreativität und Empathie freisetzen, das selbst wieder neue Technologie, Unternehmertum, oder soziales Engagement ermöglicht? Ganz im Sinne von Gottlieb Duttweiler sei eben die Freiwilligkeit der Arbeit der Preis für echte Freiheit.

Häni vermochte die Einwände zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen am Ende zwar nicht auszuräumen. Etwa den Einwand, wie Sozialausgaben in der Höhe von 40 Prozent des BIP finanziert werden sollen, oder den Einwand, was im Kontext von Arbeitnehmerfreizügigkeit passieren würde, wenn ein Land wie die Schweiz bedingungslos Geld in der Höhe eines Durchschnittslohns der Nachbarländer verteilt. Trotzdem vermitteln Hänis Ansichten die Überzeugung, dass die Digitalisierung eine Chance ist, die mit ihrer Produktivitätssteigerung am Ende allen mehr Freiheit bringen kann und soll. Das BGI mag vorerst eine Utopie bleiben, aber eine herzlose Dystopie ist es sicherlich nicht.

Auf einem höheren Niveau verwirrt

Die eher abstrakten Diskussionen liessen die Teilnehmer der Veranstaltung scheinbar mit leeren Händen dastehen. Die praktischen Auswirkungen der Digitalisierung zeichnen sich nur langsam ab und mit konkreten, alltagstauglichen Anweisungen haben die Referenten das Publikum kaum beglückt. Vielleicht war das aber auch gar nicht ihre Absicht. Denn wenn die Digitalisierung eine Arbeitswelt bringt,

in welcher mehr möglich als vorgegeben ist, werden Diskussionen ohne unmittelbare Lösungen dazugehören. Am Ende des Anlasses waren alle, um die Worte eines Teilnehmers zu verwenden, «zwar weiterhin verwirrt» – aber zumindest auf einem höheren Niveau. Eine Gewissheit zumindest bleibt: Eine Digitalisierung mit Herz braucht weiterhin menschliche Kopfarbeit, wenn sie gelingen soll.

«Wir sind nach dem heutigen Tag auf höherem Niveau verwirrt.»

(Teilnehmer)

Zyklus «Schweiz 4.0 plus: Welche Perspektiven und Folgerungen stellen sich für die Schweiz aus der Digitalisierung?»; Kolloquium vom 9. Januar 2019 «Sozialsystem 4.0 plus: Welches sind die sozialen Folgen der Digitalisierung?» mit Daniel Häni, Mitbegründer und Mitglied der Geschäftsleitung Unternehmen mitte, Basel und Urs Prantl, Zukunftsarchitekt und Strategieberater für KMU, Inhaber der KMU Mentor GmbH, Fislisbach/Baden; Moderation: Dr. Raban Daniel Fuhrmann, (Aktionsfeld Unternehmenskultur & -ethik).

Von Stephan Wirz*

Die Wirtschaft braucht einen Sinnhorizont

Warum die kirchlichen Aversionen gegen die Marktwirtschaft von Übel sind



Prof. Dr. Stephan Wirz

Muss man als Christ gegen Marktwirtschaft und Kapitalismus sein? Manche Predigten und Fürbitten in Gottesdiensten sowie Stellungnahmen von kirchlichen Amtsträgern und Hilfswerken lassen sich in diese Richtung deuten. Das Streben nach dem eigenen Nutzen, nach Wachstum und Gewinn stehen unter dem Verdacht, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit zu schädigen und eine Ellenbogen-Gesellschaft der Entsolidarisierung und der sozialen Kälte zu produzieren. Papst Franziskus hat dieses Misstrauen gegenüber einer allzu freien, ungebändigten Wirtschaftsordnung öffentlichkeitswirksam zugespitzt mit seiner Aussage «Diese Wirtschaft tötet», mit der er eine «Wirtschaft der Ausschliessung und der Disparität der Einkommen» kritisiert.

Kirchliche Systemkritik sieht sich gerne in der Tradition der alttestamentlichen Propheten, die zwecks Aufrüttelung ihrer Zeitgenossen zu harscher und plakativer Wortwahl neigten. Heutige PR-Fachleute können dafür sicher Sympathie aufbringen. Um Aufmerksamkeit in unserer lauten Gesellschaft zu erhalten, braucht es anscheinend immer öfter den Zweihänder. Dennoch ist es für viele Marktwirtschaftsbefürworter irritierend, wie

schlecht diese freiheitliche Wirtschaftsordnung in manchen kirchlichen Kreisen wekommt. Haben individuelle Freiheit und Eigenverantwortung keinen ethischen Wert? Hat nicht die Marktwirtschaft zum gesellschaftlichen Wohlstand beigetragen? Zeigt uns nicht die Geschichte Westeuropas und Nordamerikas und jüngst auch von Teilen Asiens, dass eine freiheitliche Wirtschaftsordnung nicht zur Verelendung der Massen führt, sondern das malthusianische Los einer am Existenzminimum darbenenden Bevölkerung überwinden kann?

Gegenseitige Entfremdung

Zweifellos hat sich der Graben zwischen Marktwirtschaftsbefürwortern und -gegnern in den Kirchen vergrössert. CVP-Präsident Gerhard Pfister spricht von einer gegenseitigen Entfremdung und einem Nicht-Verstehen-Können der jeweils anderen Positionen. Nur ein innerkirchliches Problem?

Nein, dieser Auseinandersetzung kommt auch eine gesellschaftliche Tragweite zu. In den vergangenen Jahren haben sich viele Kommunikationskanäle zwischen den Unternehmen und den Kirchen geschlossen. Gab es vor 10 oder 20 Jahren noch diverse Gesprächskreise und Vereinigungen,

die sich dem Dialog zwischen beiden Seiten widmeten, sind diese nach und nach aufgelöst worden: etwa die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Arbeitswelt, die Vereinigung Glaube und Wirtschaft, ja selbst die langjährige Gesprächsrunde auf höchstem Niveau zwischen (christ-)katholischen Bischöfen, dem Präsidenten des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds und des Kirchenrates der reformierten Landeskirche des Kantons Zürich auf der einen und Verwaltungsratspräsidenten der grössten Schweizer Unternehmen auf der anderen Seite.

Die gegenseitige Sprachlosigkeit ist nicht nur auf die Antipathie kirchlicher Kreise gegenüber der Marktwirtschaft und ihre nicht selten eindeutigen Zuteilungen von «gut» (NGOs) und «böse» (Manager, Unternehmer) zurückzuführen, wobei dies sicher nicht die Lust der Unternehmen zum Dialog erhöht.

Einige der Ursachen liegen auch auf Unternehmerseite, so zum Beispiel die Internationalisierung und (a-)religiöse Pluralisierung des Managements, die sich in einem Desinteresse für die geistig-geistliche Tradition unserer Kultur niederschlagen. Stellenweise

macht sich sogar eine eigentliche Religionsphobie bemerkbar, die sich Ärger mit religiösen Bekenntnissen ihrer Stakeholder durch Tabuisierung ersparen will.

Dank Marktwirtschaft ein selbstbestimmtes Leben führen

Warum ist diese Entwicklung aber ein Problem für die Gesellschaft? Wir dürfen nicht ausser Acht lassen, dass unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung auf kulturellen und moralischen Grundlagen aufbaut, die sie sich nicht selbst schaffen kann. Für diese Grundlagen, so meine These, kommt der Kirche auch heute, und in einer pluralistischen Gesellschaft, noch eine wichtige Rolle zu.

Ich möchte diese These anhand zweier Überlegungen ausführen:

- In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung kann den Akteuren über die gesetzliche Rahmenordnung hinaus nicht vorgeschrieben werden, wie sie sich im Einzelnen zu verhalten haben oder wie sie leben sollen. Dennoch sind für das Funktionieren einer Marktwirtschaft oder eines Betriebs innere Haltungen oder Tugenden wie Respekt, Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Vertrauen, Sorgfalt oder Loyalität unab-

dingbar. Diese Tugenden des Menschen werden aber nicht durch die Marktwirtschaft erzeugt, sondern sind im Menschen angelegt und werden durch Eltern und Familie und andere gesellschaftlichen Kulturträger, darunter auch die Kirche, gepflegt und gefördert.

- Der Ordoliberaler Wilhelm Röpke hat in seinem Werk «Jenseits von Angebot und Nachfrage» die Marktwirtschaft in einen grösseren Sinnhorizont gestellt. Die Marktwirtschaft hat keinen Selbstzweck-Charakter. Sie ist ein effizientes Instrument, damit der einzelne Mensch, was die Ausstattung mit wirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen angeht, sein Leben in Selbstbestimmung führen kann. Keine staatliche Planungsbehörde schreibt ihm das «gute Leben» vor. Welchen Sinn der Mensch seinem Leben gibt, hängt von ihm selbst ab. In einer pluralistischen Gesellschaft gibt es viele Sinnangebote, aus denen der einzelne Mensch auswählen kann. Einer der Sinnanbieter ist die Kirche. Laut ihrem Menschenbild wäre die Kirche eigentlich in der Lage, einerseits die wirtschaftliche Freiheit zu würdigen und andererseits sie in den Dienst eines «metaökonomischen Sinns» zu stellen, nämlich dem Aufbau einer materiellen und geisti-

gen Kultur, in der sich der Mensch zu einer «reifen Persönlichkeit» entwickeln kann.

Es ist schade, dass ein solch konstruktiver Ansatz durch innerkirchliche Polarisierungen verdunkelt wird. Die Kirche soll nicht die kritische Sicht auf die Gegenwart verlieren, aber sie soll es im Stil des verstorbenen Altmeisters der reformierten theologischen Ethik, Arthur Rich, tun: in der Zusammenschau des Menschengerechten und des Sachgemässen – eine kurze und anschauliche Definition einer Verantwortungsethik, die nicht gesinnungsarm ist, die aber die Realität ernst nimmt und sie nicht durch die Utopie ersetzt.

**Stephan Wirz, Dr. theol. habil., Dipl. sc. pol. Univ., leitet den Bereich Wirtschaft und Arbeit der Paulus Akademie in Zürich und ist Titularprofessor für Ethik an der Theologischen Fakultät der Universität Luzern. Im Herbst 2018 brachte er den Sammelband «Kapitalismus – ein Feindbild für die Kirchen?» heraus, erschienen im Theologischen Verlag Zürich (ISBN 978-3-290-20167-8) und Nomos-Verlag Baden-Baden.*

Von Kerstin Conz

Diskriminierung ist ein Integrationshindernis

Integration ist keine Einbahnstrasse und gute Bildung ist zwar ein Schlüssel, schützt aber vor Radikalisierung nicht. Das sind nur zwei Erkenntnisse aus der hochkarätig besetzten Kooperationsveranstaltung des Lilienberg Unternehmerforums und des Internationalen Bodenseerates. Doch auch Nicht-Muslime und Imame spielen eine zentrale Rolle. Bei der Imam-Ausbildung müsste sich jedoch einiges ändern.



Beatrice Gregus (links), Rektorin des Bildungszentrums für Gesundheit und Soziales in Weinfelden, im Gespräch mit der Studentin Zulkjeflije Nuredini. Bildung und die Sprache sind für beide ein Schlüssel zur Integration.

Wie der Alltag einer Muslima in der Schweiz aussieht? Für Zulkjeflije Nuredini zurzeit auf jeden Fall sehr stressig, erzählt sie Moderator Christoph Vollenweider. Die Studentin der Sozialarbeit an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) hat gerade ihre Prüfungen hinter sich. Ausserdem hat sie noch zwei Schulkinder im Alter von acht und elf Jahren. Und dann leitet sie auch noch das Frauenforum der albanisch-islamischen Gemeinschaft Kreuzlingen. Etwas Besonders ist das für sie nicht. Viele muslimische Frauen würden heutzutage arbeiten, eine Ausbildung machen oder studieren. «Ich bin froh, dass unsere neue Generation immer weiterkommt. Das macht mich auch stolz.»

Einfach war der Weg nicht. Die Kreuzlingerin stammt aus einer albanisch-islamischen Familie aus Mazedonien. «Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie schwierig es war, als meine Eltern mit fünf Kindern in die Schweiz gekommen sind. Aber ich war

«Mir ist wichtig, dass man den Menschen sieht und nicht die Frau mit Kopftuch.»
(Zulkjeflije Nuredini)



Muslime wollen nicht nur auf ihre Religion reduziert werden, sagte der Kreuzlingen Imam Rehan Neziri (links), hier mit Moderator Christoph Vollenweider.

Schweiz ausgebildeter Imam sei hier viel effektiver als ein Imam aus Saudiarabien, wo eine völlig Ideologie herrscht.

«Es braucht die Verantwortung der Gesellschaft, damit Integration gelingen kann.»
(Norbert Kössmeier)

338000 Muslime leben heute in der Schweiz, mit nur fünf Prozent der Gesamtbevölkerung deutlich weniger, als viele Leute meinen, sagte der Journalist und Theologe Norbert Kössmeier. Die Verbundenheit mit dem Land sei in der Schweiz enorm hoch und der Erwerbsstatus in etwa gleich wie bei der restlichen Bevölkerung. In Österreich sei das anders. Dort sind etwa drei Mal so viele Muslime arbeitslos als Nicht-Muslime. Dennoch hätten auch hier etwa ein Drittel Diskriminierungserfahrungen gemacht. Vor allem auf dem Wohnungsmarkt stehen die Chancen schlecht. Für die Integration ein echtes Hindernis.

Ehrgeizige Lernende mit Migrationshintergrund

Dabei sind Migranten extrem wichtig. «Ohne diese Menschen könnten wir hier

wissbegierig und wollte diese Kinder und dieses Land kennenlernen.»

Vor allem die Eltern hätten sie stets motiviert. Hilfe gab es auch. Das Haus, in dem sich die Kinder gut entfalten und entwickeln konnten, habe der Chef des Vaters besorgt. Für ihn selbst war es schwer, eine Wohnung zu finden.

Vorbild für andere Migrantinnen

Mit ihrer Ausbildung zur Pflegefachfrau habe sich viel gebessert. Heute fühle sie sich mehrheitlich in der Schweiz zu Hause. Ihr Herkunftsland Mazedonien kenne sie nur aus den Ferien. Die lebhaft Frau sieht sich als Vorbild für andere Migrantinnen. «Ich lebe hier wie eine Schweizerin. Meine Kinder spielen beide Fussball und haben Schweizer Kollegen, aber sie besuchen auch den islamischen Religionsunterricht. Ich bin froh, dass es diesen Religionsunterricht in Kreuzlingen gibt.»

Rehan Neziri, der Imam der albanisch-islamischen Gemeinschaft Kreuzlingen,

hat den muslimischen Religionsunterricht vor ein paar Jahren eingeführt. Für die Kinder ist das wichtig, sagt eine Mutter in der Pause. Ihre Kinder hätten sich zuvor immer ausgeschlossen gefühlt, weil ihre Kollegen den Religionsunterricht besuchen durften, sie selbst aber nicht.

Imam muss im Land leben

Als Bindeglied zwischen Schule und Elternhaus spielt der Imam eine wichtige Rolle. Immer wieder komme es vor, dass Eltern ihn um Rat fragen. Dann sage er ihnen, dass die Mädchen zum Schwimmen gehen müssen, weil es Teil des Unterrichts ist. Als ein Vater sein Kind nicht zum Fasnachtsumzug schicken wollte, weil es glaubte, dass es ein heidnischer Brauch sei, stellte Neziri klar, dass Fasnacht eine Tradition sei und das Kind mitmachen müsse.

Um solche Gepflogenheiten zu kennen, sollte ein Imam dauerhaft im Land leben, findet Rehan Neziri. «Ich sehe es daher als Notwendigkeit, dass jedes Land seine Theologen selbst ausbildet.» Ein in der



Der Konstanzer Sozialbürgermeister Andreas Osner (rechts) gratulierte Christoph Vollenweider zur hochkarätig besetzten Veranstaltung. Seine Schlussfolgerung: «Wir müssen den muslimischen Glauben stärken, um uns stark zu machen gegen Radikalisierung.»

die Pflege in der Schweiz gar nicht mehr aufrechterhalten», sagt die Rektorin des Bildungszentrums für Gesundheit und Soziales in Weinfelden, Beatrice Gregus. Etwa ein Drittel ihrer Schüler und Studierenden habe einen Migrationshintergrund. «Das ist bei uns etwas völlig Normales. Diversität wird respektiert.» Auch ein Kopftuch. Am Schwimmunterricht müssen dennoch alle teilnehmen, auf Wunsch auch mit spezieller Kleidung. Die Kommunikationssprache ist Deutsch. Das gilt auch für den Pausenhof.

Trotzdem gibt es hin und wieder Schwierigkeiten mit Grüppchenbildung. Immer wieder seien junge Frauen unfreiwillig in den Sommerferien verheiratet worden.

Einmal habe sie eine gute Schülerin verloren, die nach der Hochzeit bei den Schwiegereltern so viel Hausarbeit erledigen musste, dass sie ihre Ausbildung aufgeben musste. «Das darf nicht sein», sagte der Kreuzlinger Imam kopfschüttelnd.

«Ich bin froh, dass man nicht über Muslime sondern mit Muslimen redet.»

(Rehan Neziri)

Doch die positiven Erfahrungen überwiegen, betont die Rektorin. «Lernende mit Migrationshintergrund sind oft sehr ehrgeizig und fleissig. Viele wissen, dass es nicht selbstverständlich ist, dass sie ihre

Ausbildung in einem schönen Schulhaus geniessen können. Das unterscheidet sie von Schweizer Kindern.» Zudem sei kulturelle Vielfalt gerade in der Pflege mit vielen ausländischen Patienten eine Ressource.

Die Gefahr der Radikalisierung

Gute Bildung und Wertschätzung sind für die Integration wichtig. Umso irritierender, dass sich auch aus der Schweiz immer wieder gut integrierte und ausgebildete Muslime in den Dschihad, also den sogenannten Heiligen Krieg, aufmachen. Wie eine solche Radikalisierung verhindert werden könne, wollte Moderator Christoph Vollenweider von der Extremismus-Forscherin Myriam Eser Davolio (ZHAW) wissen. Die Wissenschaftlerin aktualisiert derzeit eine Studie von 2015. Demnach sind besonders Menschen mit wenig religiösem Wissen gefährdet. «Diese Leute erkennen nicht, wenn Ideologien aufgebaut werden, die nicht dem Koran entsprechen.» Auch Konvertiten könnten entsprechende Angebote nicht richtig einordnen.

Mangelnde Integration sieht sie nur zum Teil als Risikofaktor für eine Radikalisierung, da von der Radikalisierung vor allem Secondos betroffen seien, welche die Sprache lernten und auch Ausbil-

dungsmöglichkeiten hatten. Gefährlich sind extremistische Prediger, die mit allen Tricks arbeiten. «Wir haben es mit einem brutalen Phänomen zu tun», sagt Myriam Eser Davolio. Es sei nicht immer zu erkennen, dass es sich um ein extremistisches Angebot handle. Einstiegsthemen seien mitunter nicht-religiöse Verschwörungstheorien, etwa, dass der Rinderwahnsinn

gar nicht existiere, sondern eine Erfindung des Westens sei.

Auch bei Rückkehrern stehen die Sozialarbeiter vor riesigen Herausforderungen. Ein interessantes Ausstiegsprogramm gebe es bereits in Strassburg. Wenn Leute kooperativ mitarbeiten, wird die Strafe ausgesetzt. In der Schweiz fehlen bislang solche

Programme noch. Zudem brauche es Zeit, bis sich bei den Teilnehmern aber etwas ins Rollen komme. «Wir haben schon beim Rechtsextremismus gesehen, dass die Persönlichkeitsveränderungen doch recht tiefgehen.»



Diskriminierung verhindert eine gute Integration, sagte der Theologe Norbert Kössmeier aus Freiburg im Breisgau (links). Rechts Pfarrer Christoph Stucki.

Unternehmerisches Gespräch vom 21. Januar 2019 «Wie kann die Integration der muslimischen Bevölkerung gut gelingen?» mit Norbert Kössmeier, Theologe, Journalist, Interkulturelles Consulting und Coaching; Zulkjeflije Nuredini, Studentin der Sozialarbeit, Leiterin Frauenforum der albanisch-islamischen Gemeinschaft Kreuzlingen; Beatrice Gregus, Rektorin des Bildungszentrums für Gesundheit und Soziales, Weinfelden; Rahan Neziri, Imam und Religionslehrer, albanisch-islamische Gemeinschaft Kreuzlingen und Myriam Eser Davolio, Erziehungswissenschaftlerin und Dozentin ZHAW, Extremismusforscherin; Moderation: Christoph Vollenweider, Leiter Programm und Publikationen.

Von Ständerätin Brigitte Häberli-Koller*

Das Volk hat immer Recht!

Der Bürger braucht nicht mehr Informationen – er braucht mehr Orientierung

Nach jeder Volksabstimmung dasselbe Lied: Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hätten eigentlich nicht gewusst, worum es gegangen sei. Ob bei der Massenzuwanderung, beim Energiegesetz oder unlängst bei der Selbstbestimmungs-Initiative: In fast allen wichtigen Fragen sei der Bürger «überfordert» und die Komplexität der Vorlage «zu hoch» gewesen. Würden wir uns vor den Polit-Analysten und Wahlforschern in den Staub werfen, müssten wir uns womöglich ein neues Volk suchen – eines, das die komplexen Regelwerke begreift statt simpel auf Facebook, Twitter oder einer anderen Social-Media-Plattform unterwegs zu sein. Also die Bundesverfassung unter dem Arm statt Smartphones und Tablets vor dem Gesicht. Das Geschäftsmodell unserer Politikberater und Funktionäre in den Teppichetagen von Parteien und Organisationen lautet denn auch nicht überraschend: informieren, informieren, informieren!

Gutes Gespür für wichtige Fragen

Haben wir – und haben die Bürger – zu wenig Informationen, um sich über einen Sachverhalt eine «kompetente» Meinung bilden zu können? Oder, drastisch formuliert, sind zwei Drittel der Bürger «zu bequem» oder gar «zu faul», um sich vertieft

in ein Thema einzulassen? Weder noch. Unsere Bürger haben ein gutes Gespür dafür, was um sie herum vorgeht. Aber statt auf juristische oder wissenschaftliche Spitzfindigkeiten verlassen sie sich auf ihr Gefühl. Und das führt in der Regel nicht zu schlechteren Entscheidungen als die zuweilen abgehobenen Debatten von Politikern und Interessenvertretern vor laufenden Kameras und offenen Mikrofonen. Zumal dann nicht, wenn diese Volksvertreter von den Vorlagen in ihrem Alltag persönlich nicht betroffen sind. Anders bei den Bürgern. Sie brauchen für ihren Entscheidung nicht noch mehr Fakten und Informationen, wohl aber mehr Orientierung. Für die alleinerziehende Mutter, die frühmorgens ihr Kind in die Kita bringt, um dann zur Arbeit zu gehen und am Ende des Monats die Miete und Krankenkassenprämien bezahlen zu können, schaut der Lebensentwurf womöglich anders aus als beim gut situierten Kadermitarbeiter oder Beamten.

Unsere durchregulierte Vollkasko-Gesellschaft verdrängt derweil das Schicksalhafte und erachtete Haltung und Demut als Tugenden, die «ineffizient» sind und somit abgeschafft gehören. Spätestens an diesem Punkt wird Selbstgerechtigkeit zur schlimmsten Form von Arroganz – nämlich

zur Ignoranz dessen, was wir das «normale Leben» nennen.

Wahlen werfen Licht und Schatten

voraus

Politik macht man für die Menschen, nicht für die Hängeregister und Bundesordner. Daran erinnern sich zu viele Politiker erst beim näher rückenden Wahltermin. Dann packen sie ihr Selbstbildnis in griffige Slogans, die ihnen ihre Werber aufs Auge drücken. Die staunenden Wählerinnen und Wähler nehmen zur Kenntnis, dass Frau X oder Herr Y vor allem «kompetent», zuweilen «verlässlich» oder wenigstens «durchsetzungsstark» sei. Sie setzen sich ein «für den Kanton» oder «für die Wirtschaft» – wen oder was sie auch immer darunter verstehen.

Wahlwerbung ist offenbar geduldig. Aber sind es die Wählerinnen und Wähler auch? Spätestens in diesem Herbst werden sich die Kühe auf den grünen Wiesen wieder in der Gesellschaft von hunderten plakatierten Kandidatinnen und Kandidaten wiederfinden. Deren Konterfeis hängen auch an Kandelabern, stehen in Vorgärten und auf Trottoirs oder prangen in den Zeitungen. Doch der Erinnerungswert ist durchzogen. Was hingegen haften



Ständerätin Brigitte Häberli-Koller

bleibt, sind persönliche Begegnungen mit Politikern, ist das Wissen darum, wofür sie stehen und wo sie persönlich betroffen sind. Eine Betroffenheit, die sich immer weniger in ein Links-Rechts-Schema einordnen lässt, auch wenn uns dies die Politologen und Medien mit Rankings aller Art weismachen wollen. Was ist links? Ich habe in Wirtschaftsetagen schon mehr soziale Verantwortung gespürt, als bei vielen linken Politikern. Und was ist rechts? Ich habe bei Sozialpartnern schon mehr Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge angetroffen, als bei wirtschaftsliberalen Politikern.

Vorurteile aus dem Weg räumen

Also verabschieden wir uns lieber heute als erst morgen von oberflächlichen Zuweisungen und Vorurteilen. Etwa, dass alle Landwirte ausschliesslich «Subventionsempfänger» oder die Grünen eine reine «Verbots-Partei» seien. Spüren wir bei den Kandidatinnen und Kandidaten den aus der Mode geratenen Begriffen wie «Haltung» und «Zivilcourage» nach und weniger der Frage, welches Parteiprogramm sie haben. Und bleiben wir misstrauisch gegenüber jenen Zeitgenossen, die stets das «sowohl als auch» betonen, um eine klare Haltung zu umschiffen.



Unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein gutes Gespür dafür, was um sie herum vorgeht.

Übertragen aufs Unternehmertum entspräche dies einem «Jein»-Entscheid: Wetten, dass ein solcher ziemlich übel in die nächste Erfolgsrechnung einschlagen würde?

Auch «Nicht-Entscheide» hinterlassen Spuren

Entscheide hinterlassen stets Spuren. Das tun aber auch Nicht-Entscheide. Dass sich Unternehmerinnen und Unternehmer zu wenig politisch engagieren, ist eine bedauernswerte Tatsache und bei näherem Hinschauen ein klarer «Nicht-Entscheid», verbunden mit dem sattsam bekannten Schulterzucken, wonach man seine Zeit fürs Unternehmen statt für die Politik verwenden wolle. Das freie Unternehmertum erscheint also erfolgsversprechender als ein politisches Mandat unter der Fuchtel von Fraktionszwängen und endlosen Debatten in Kommissionen und Parlamenten.

Was sich aber bei oberflächlicher Betrachtung als «ineffizient» oder «Zeitverschwendung» offenbart, stellt sich in der politischen Realität deutlich anders dar: Die Wegmarken für eine wirtschaftsnahe Politik werden in den Kommissionen gesetzt, die Lösungen auch im persönlichen Gespräch in der Wandelhalle umrissen und die Kompromisse im Parlament festgezurr. Und an allen persönlichen Berührungspunkten treffen Fakten auf Haltungen – und Informationen auf Emotionen. Genau hier wird die Erfahrung von Wirtschaftsführern und Unternehmern gebraucht. Denn am Schluss wird der Bürger über nichts weniger als den Fortschritt oder den Rückschritt dieses Landes entscheiden. Also, nicht vergessen: Das Volk hat immer recht!

**Brigitte Häberli-Koller ist CVP-Ständerätin aus Bichelsee TG.*

Von Philipp Paetsch

Die Klischees über die Generation Y gehen oft an der Realität vorbei

Die Generation Y ist weltoffen, gebildet, technikaffin und fordert flexible Arbeitsmodelle. Viele meinen sogar, die Ypsiloner seien faul, wollen wenig arbeiten und eigentlich nur feiern. Dass dies nicht der Fall sein muss, wissen die Mitglieder von Bodensee Consulting e.V. nur zu gut: von der Bibliothek ins Büro, den ganzen Tag an der Uni. Das ist für sie Realität – und sie lieben diese Realität, wie sich die Besucher einer Kooperationsveranstaltung von Bodensee Consulting und dem Lilienberg Unternehmerforum an der Universität Konstanz überzeugen konnten.



Mehrere Studentinnen und Studenten der Universität Konstanz brachten sich aktiv in die Diskussion mit den Referenten ein und trugen ihre Wünsche an die Arbeitgeber vor.

«Aus Engagement wird Erfahrung» lautet das Motto, das sich die Mitglieder von Bodensee Consulting auf die Fahne geschrieben haben. Doch die Klischees der Generation Y im Internet, in Büchern, auf dem Gang lauten meistens anders. Besonders spannend ist die Denkweise der Generation Y natürlich für die Unternehmer, und so kam es anfangs Dezember im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung an der Uni Konstanz zur Podiumsdiskussion «Generation Y – Was erwartet die Mitglieder der Generation Y im Job».

Die Referenten, Peter Wiedl (WayPoint), Gunnar Paul (EnDes Gruppe), Tobias Stetter (Everskill) und Hannes Bleuel (MHP) boten zu Beginn anregende Impulsvorträge, die das Thema jeweils unterschiedlich beleuchteten, und legten so die Grundlage für eine fortführende Diskussion.

Wünsche der Generation Y stossen auf offene Ohren

Behandelt wurden Themen wie «Führung in der Zukunft», «Auswirkungen von Vorgesetztenverhalten auf Mitarbeiter», das ständige Hinterfragen der Generation Y (why) und unternehmerische Denkweisen. Weitere Bereiche der Diskussion erstreckten sich auf den eigentlichen Trumpf, den

die Generation Y innehat: den von den Unternehmern wohlgefürchteten Fachkräftemangel. Hierdurch hat sich die Verhandlungssituation zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer so stark geändert, dass die Wünsche der neuen Generation auf offene Ohren stossen.

Besonders oft wird dabei der Wunsch nach der richtigen Balance zwischen Leben und Arbeit genannt – interessanterweise, so der

Konsens, gab es diesen Wunsch schon immer, ist also nicht typisch nur für die Generation Y. Doch die Möglichkeiten und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich geändert.

Selbst wenn man meint, die Generationenunterschiede seien enorm, so hätte es kaum eine bessere Gesprächsrunde geben können: Die Redner und Anwesenden mit unterschiedlichen Sichtweisen und

Vertreter dreier Generationen machten den Anlass zu einem spannenden Abend.

Gelungene Kooperation

Die Partnerschaft mit dem Lilienberg Unternehmerforum war für Bodensee Consulting eine grosse Bereicherung. «Dafür sind wir sehr dankbar und freuen uns auf weitere Events wie dieses.»



Der Wunsch nach der richtigen Balance zwischen Leben und Arbeit wird zwar vor allem im Zusammenhang mit der Generation Y genannt – doch es gab diesen Wunsch schon in früheren Generationen.

«Leben versus Arbeiten – was erwartet die Generation Y im Job?»; Kooperationsveranstaltung mit Bodensee Consulting vom 6. Dezember 2018 an der Universität Konstanz mit Peter Wiedl, CEO WayPoint GmbH Business Navigation, Bottighofen; Tobias Stetter, Beirat Bodensee Consulting; Hannes Bleuel, Berater MHP A Porsche Company und Gunnar Paul, Gründer, Vorsitzender der Gesamtleitung und Verwaltungsratspräsident EnDes Gruppe, Rorschach; Moderation: Philipp Paetsch, Uni Konstanz, Vorstandssprecher der Bodensee Consulting e.V.

Von Sascha Erni

«Grenzdenken 2019»: raus aus der mentalen Komfortzone

In diesem Frühling, am 26. und 27. April, findet zum vierten Mal die Konferenz «Grenzdenken» im Lilienberg Unternehmerforum statt. Nach einem Jahr Pause geht der Anlass mit einem optimierten Konzept an den Start.

Der Thurgauer Unternehmer Christoph Lanter lädt Ende April zum vierten «Grenzdenken» ein. Die beliebte Konferenz möchte mit neuen und ungewohnten Ideen aufwarten, um Klemmkeile im Kopf aufzuzeigen und das Reflektieren der eigenen Meinung zu ermöglichen. Wie

die Jahre zuvor konnte Lanter die unterschiedlichsten Persönlichkeiten für das «Grenzdenken» gewinnen. Vom ehemaligen Kunstfälscher Wolfgang Beltracchi über den Extremschwimmer Ernst Bromeis bis zu Jessica Altenburger, die sanitäre Anlagen in Entwicklungsländern installiert, ist die Bandbreite der neun hochkarätigen Referenten gross.

Vom Denken zum Handeln

2018 hatte kein «Grenzdenken» stattgefunden. Er hätte mal Pause gebraucht, lacht Christoph Lanter. Ein Jahr Distanz, um

das Konzept der Konferenz zu optimieren. Die grösste Änderung: Statt zwei Tage ausschliesslich mit Vorträgen gibt es dieses Mal auch Workshops, in denen die Teilnehmenden etwa Meditation üben oder Skizziermethoden erlernen können. «Denken ist ja schön und gut, aber man muss im Anschluss auch etwas machen», erklärt Lanter. «Sonst verharrt man in der mentalen Komfortzone.»

Was sich beim «Grenzdenken» nicht geändert hat, ist der Austragungsort. Auch dieses Jahr tauschen sich Konferenzbesucher und Referenten auf Lilienberg aus. Durch die einmalige Lage hoch über dem Untersee fühlt man sich wie in Klausur und wagt es eher, zur Abwechslung auch mal quer zu denken.

Bereits vor dem offiziellen Verkaufsstart war ein Drittel der Eintrittskarten reserviert. Das «Grenzdenken» hat sich also über die Jahre ein Stammpublikum erarbeitet, das auch 2019 wieder neue Eindrücke und andere Perspektiven kennen lernen möchte – und dieses Mal auch gleich in die Tat umsetzen wird.

Informationen und Reservationen:
www.grenzdenken.ch



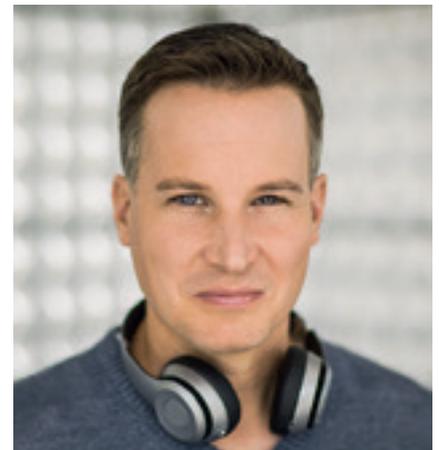
Bereits zum vierten Mal findet «Grenzdenken» im Lilienberg Unternehmerforum statt.



Seit 2015 referieren am «Grenzdenken» Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft – wie zum Beispiel der Thurgauer Unternehmer Daniel Model.



Der Autor und ehemalige SVP-Politiker Oskar Freysinger wird Ende April über die Kunst des Scheiterns erzählen.



Der deutsche Journalist Richard Gutjahr berichtete 2016 live von gleich zwei Terroranschlägen. Am diesjährigen «Grenzdenken» referiert er über Hass im Netz.

Von Stefan Bachofen

«Wir freuen uns über die neue Partnerschaft mit Lilienberg!»

Petronella Vervoort ist seit dem 1. August 2018 Geschäftsführerin der Ernst Schmidheiny Stiftung, nachdem sie zuvor den Themenkreis International Education & Training im Fachbereich International Business an der ZHAW geleitet hat. Über ihre neue Tätigkeit, die Aufgaben und Aktivitäten der Ernst Schmidheiny Stiftung und die künftige Partnerschaft mit dem Lilienberg Unternehmerforum spricht sie im folgenden Interview.

Frau Vervoort, welches sind Ihre ersten Eindrücke als Geschäftsführerin der Ernst Schmidheiny Stiftung?

Petronella Vervoort: Die Arbeit in meiner neuen Funktion bereitet mir grosse Freude und fordert mich im positiven Sinne. Mit dem Wechsel zur Stiftung bin ich meiner Begeisterung für wirtschaftspädagogische Formate gefolgt. Bereits als Schülerin an der Kantonsschule und danach als Lehrkraft und Dozentin habe ich die Programme der Ernst Schmidheiny Stiftung kennen- und schätzen gelernt. Dies hat mir den Einstieg in meine Tätigkeit sicher erleichtert. Und dank der Arbeit meiner Vorgängerin kann ich auf einer soliden Basis aufbauen. Nun freue ich mich auf die herausfordernde Aufgabe, die Stiftung zukunftsfähig zu machen und die Organisation weiterzuentwickeln. Dabei kann ich auf eine ausgezeichnet funktionierende Geschäftsstelle, ein motiviertes Expertenteam und einen engagierten Stiftingsrat zählen.

Die Rechtsform Ihres neuen Arbeitgebers ist eine Stiftung. Hier besteht somit eine Parallele zum Lilienberg Unternehmerforum. Was zeichnet die Ernst Schmidheiny Stiftung aus?

Der Zweck der Stiftung besteht seit ihrer Gründung im Jahr 1972 darin, das Interesse und das Verständnis für betriebs- und volkswirtschaftliche Zusammenhänge insbesondere bei Jugendlichen zu fördern. Die Programme der Stiftung ermöglichen die Brückenbildung zwischen Wirtschaft und Schule. Damals, in den siebziger Jahren, wollte man der eher wirtschaftskritischen Haltung entgegen wirken und eine betont neutrale Vermittlung von wirtschaftlichen Themen und Fragestellungen an der Schule fördern. Durch den Einsatz und die Verbindung von Mensch und Tool sollte auf spielerische und authentische Art die Neugierde und das Verantwortungsbewusstsein bei den Schülerinnen und Schülern geweckt werden. Und es zeichnet die Stiftung aus, dass ihr Engagement



Petronella Vervoort: «Ich erlebe es immer wieder, dass ich auf die Wirtschaftswochen angesprochen werde und dabei die eigene Erfahrung mitgeteilt wird. Das ist wirklich erfreulich.»

47 Jahre später immer noch von Bedeutung ist. Sie hat es geschafft, die richtigen Anspruchsgruppen miteinzubeziehen und mit der Zeit zu gehen.

Ihre Stiftung führt unter anderem die so genannten Wirtschaftswochen für Schülerinnen und Schüler von Gymnasien und Schweizer Auslandsschulen durch. Bisher haben weit über 120 000 Maturanden eine Ihrer Wirtschaftswochen absolviert. Welche Ziele verfolgen Sie mit diesen Wirtschaftswochen?

Die Wirtschaftswochen an den Gymnasien bilden den Kern der Stiftungsaktivitäten. Sie werden in der Regel von den regionalen Handelskammern organisiert und zu einem Grossteil finanziert. 2018 waren rund 3700 Schülerinnen und Schüler in 170 Wirtschaftswochen beteiligt. Es handelt sich um eine Projektwoche, die von schulexternen Fachlehrpersonen aus der Unternehmenspraxis ehrenamtlich durchgeführt wird. Sie findet meist ausserhalb

des Schulgeländes statt, zeitweise in den Räumen eines Unternehmens.

«In den Wirtschaftswochen kommen die Gymnasiasten oft zum ersten Mal mit der Wirtschaftswelt in Kontakt»

Im Mittelpunkt steht das «Planspiel WI-WAG». Die Simulationsplattform fordert die Schüler heraus, betriebswirtschaftliche Problemstellungen zu erkennen und unternehmerische Entscheide zu fällen. Die Konsequenzen werden unmittelbar erlebt und diskutiert. Gefördert werden die Analyse-, Beurteilungs-, Kommunikations- und spezifische Fachkompetenz, durch die Gruppendynamik aber auch die Selbst- und Sozialkompetenz. Die Fachlehrpersonen wurden vorgängig von unserer Stiftung dazu ausgebildet, das didaktische Setting zu planen, die Simulation zu bedienen sowie die Wirtschaftswoche zu leiten. Durch den Einsatz dieser Unternehmensvertreter kommen die Gymnasiasten häufig zum ersten Mal in Kontakt mit der Wirtschaftswelt. Das macht sie neugierig. Der andersartige Unterricht in der Projektwoche führt zu einer erhöhten

Motivation und Aufnahmefähigkeit der Lernenden. Dies kommt auch den Schulen zugute, denn die Inhalte und Erkenntnisse bieten geeignete Anknüpfungspunkte für den Unterricht.

Wo sehen Sie persönlich das Erfolgsgeheimnis der Wirtschaftswochen, die ja insbesondere auch vom Einsatz zahlreicher Fachlehrkräfte geprägt sind?

Ein Erfolg sind sie sicher in didaktischer Hinsicht: Aufgrund der Praxis- und Führungserfahrung der Fachlehrpersonen

entsteht eine einzigartige Lernumgebung und damit die Grundlage für einen echten handlungs- und problemorientierten Unterricht. Ganz nach dem Motto: «Wirtschaft erleben». Dies entspricht einem zeitgemässen wirtschaftspädagogischen Verständnis und äussert sich auch in den positiven Feedbacks der Lernenden und der Schulvertreter. Die Wirtschaftswoche bleibt den meisten noch lange in bester Erinnerung. Primär, weil sie einen willkommenen Kontrast zum Schulalltag bildet. Aber häufig bleibt eben auch ein



Die Jugendlichen schlüpfen während der Wirtschaftswoche in die Rolle von Unternehmensleitungen und werden dabei von Fachlehrpersonen gecoacht.

Grundinteresse gegenüber ökonomischen Themen hängen.

Erfolgreich sind die Wirtschaftswochen aber auch in organisatorischer Hinsicht: Die vorzügliche Zusammenarbeit aller Beteiligten ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Die Handelskammern sowie die zuständigen Organisatoren sind federführend für die Durchführung der Wirtschaftswochen. Sie mobilisieren die Schulen und Unternehmen, bieten die Fachlehrpersonen auf und betreuen sie während den Wirtschaftswochen. Die Stiftung stellt die Unterlagen und die Infrastruktur für die Simulation zur Verfügung. Auch in finanzieller Hinsicht wäre die Wirtschaftswoche ohne die Beteiligung der Handelskammern, die spendenden Unternehmen und den Einsatz der Fachlehrpersonen im Milizsystem nicht tragbar.

Wie und wo rekrutieren Sie die Fachlehrpersonen?

Das ist sehr unterschiedlich. Häufig durch Mund-zu-Mund-Empfehlung aktiver Fachlehrpersonen. Sehr gut funktionieren Ausschreibungen innerhalb der Unternehmen, zum Beispiel im Rahmen von Volunteering-Programmen, oder an Informationsanlässen von Handelskammern in der Region. Die geeignete Fachlehrperson befindet

sich in einer Führungsfunktion und verfügt über entsprechende Erfahrungen, kennt sich mit betriebswirtschaftlichen Fragestellungen aus und arbeitet gerne mit jungen Menschen zusammen.

«Frauen sind unter den Fachlehrpersonen immer noch in der Minderheit»

Die Ausschreibung richtet sich auch an Nachwuchsführungskräfte. Frauen sind unter den Fachlehrpersonen übrigens immer noch in der Minderheit.

Falls sich nun also jemand aus dem Lilienberg Umfeld angesprochen fühlt, ist er und vor allem sie herzlichst eingeladen, sich bei uns zu melden.

Ab diesem Jahr findet ein Teil der Ausbildung der Fachlehrerinnen und Fachlehrer im Lilienberg Unternehmerforum statt. Drei Ausbildungslehrgänge sind bislang terminiert – im April, Juli und Oktober. Wie gestaltet sich eine solche Ausbildung?

Unter der Leitung von Reto Lagler, dem Programmleiter der Wirtschaftswochen,

findet eine gezielte Schulung und Vorbereitung für die Wirtschaftswochen statt. Die Ausbildung verteilt sich auf zwei Einzeltage und ein Zweitagesseminar. Die Einzeltage finden in Zürich an zentraler Lage statt. An diesen Tageskursen erhalten die Teilnehmenden eine Einführung in die Spielsituation und Simulation mit unterschiedlichen Perspektiven, aus Sicht der Lernenden und aus Sicht des Spielleiters. Im intensiven Zweitagesseminar kommen weitere Spielelemente und didaktische Grundlagen hinzu. Es werden Situationen geplant, geübt und diskutiert. So können die Kompetenzen richtig vertieft und im Austausch mit der Gruppe reflektiert werden. Für einen solchen Rahmen bietet sich Lilienberg geradezu an. Die gesamte Ausbildung wird von unserer Stiftung organisiert und finanziert, inklusive allen Verpflegungen, exklusive Reise- und Übernachtungskosten.

Es ist uns natürliche eine grosse Ehre, dass Sie Lilienberg als Austragungsort der Fachlehrer-Ausbildungen gewählt haben. Weshalb fiel die Wahl auf das Lilienberg Unternehmerforum?

Das Schulungskonzept der Fachlehrpersonen wurde im vergangenen Jahr überarbeitet. Im Zuge dessen erhielt die Community-Bildung unter den Fachlehrpersonen



Eines der Ziele der Ernst Schmidheiny Stiftung besteht darin, bei den Gymnasiasten zumindest das Interesse für das Unternehmertum substantziell zu wecken.

mehr Gewicht. Lilienberg bietet meines Erachtens eine einzigartige Umgebung für arbeitsintensive Gruppenerlebnisse. So jedenfalls hatte ich Lilienberg bereits in meiner vorherigen Funktion bei der ZHAW erlebt, als ich regelmässig Intensivseminare vor Ort durchführte. Die Rückmeldungen aus mehr als 20 Jahrgängen eines Master-Weiterbildungsprogramms waren stets äusserst positiv und widerspiegeln die Vorzüge von Lilienberg. Das Raumkonzept und der professionelle Service ermöglichen ein offenes und flexibles Arbeiten.

«Auf Lilienberg fühlt sich der Gast rundum wohl»

Das Ambiente, die professionelle Betreuung sowie die erstklassige Verpflegung tragen dazu bei, dass sich der Besucher rundum wohlfühlt. Die gemütlichen Zimmer bieten gleichzeitig einen Rückzugs- und Arbeitsort. Man kann sich aber auch wunderbar im Gelände verweilen. Und das Ganze wird dem Gast fast exklusiv, im kleinen Rahmen, geboten. Ich bin sicher, dass die Teilnehmenden der Fachlehrekurse dies zu schätzen wissen. An dieser Stelle auch ein grosser Dank an Daniel Anderes und sein Team.

Wir freuen uns über die neue Partnerschaft mit Lilienberg.

Zurück zu den Wirtschaftswochen: Die Schülerinnen und Schüler erhalten hier die Gelegenheit, realitätsnah zu erleben, wie ein Unternehmen am Markt funktioniert. Die Jugendlichen schlüpfen während einer Woche in die Rolle von Unternehmensleitungen und werden dabei von den Fachlehrpersonen gecoacht. Gibt es Erfahrungswerte, wie viele Absolventen in der Folge tatsächlich eine Laufbahn als Unternehmer eingeschlagen und beispielsweise ein Start-up gegründet haben?

Das ist eine spannende Frage, auf die ich jedoch leider auch noch keine Antwort gefunden habe. Es wurde bisher keine solche Erhebung durchgeführt. Unsere Stiftung hat auch keinen direkten Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern. Eine entsprechende Befragung würde sich wahrscheinlich aus Datenschutzgründen schwierig gestalten.

Die Stiftung hat aber vor zwei Jahren eine qualitative Studie in Auftrag gegeben. Dabei konnte in Gesprächen mit Schülern, Fachlehrpersonen und Vertretern der Schulen ermittelt werden, welche

Erwartungen und welche Erfahrungen mit den Wirtschaftswochen verbunden werden. Demnach wurde zumindest das Interesse für das Unternehmertum substantziell geweckt.

Sind Ihnen vielleicht sogar unternehmerische Persönlichkeiten bekannt, die ihre ersten Erfahrungen als Unternehmer einst in einer Wirtschaftswoche der Ernst Schmidheiny Stiftung gesammelt haben?

Mir fällt kein Name ein, den ich hier – auch ohne Rücksprache – nennen könnte. Aber ich erlebe es immer wieder, dass ich auf die Wirtschaftswochen angesprochen werde und dabei die eigene Erfahrung mitgeteilt wird. Das ist wirklich erfreulich.



ERNST SCHMIDHEINY
STIFTUNG

Von Nico Dosdall

Ein lecker-leichter Frühlingsgruss aus der Lilienberg Fischküche

Runter vom Sofa und rauf aufs Velo oder mit einem Sprung ins – zugegeben noch eher kühle – Wasser des Untersees! Nichts bringt müde Geister so gut in Schwung wie körperliche Aktivität. Tatsache ist: Ein Spaziergang oder eine Fahrt mit dem Velo durch die Natur, aber auch ein Schwumm

im See tun einfach gut! Im Frühjahr lässt sich draussen zu Fuss oder mit dem Velo besonders viel entdecken: Die Blumen fangen an zu blühen und die Vögel zu zwitschern. Und auf dem Wasser schnattern und quaken die Enten und Schwäne. Auch sie spüren jetzt den Frühling.

Es müssen aber nicht zwingend ein langer Spaziergang, eine ausgiebige Velotour oder eine Seeüberquerung sein. Auch ein kurzer Bummel durch die Stadt oder ein 50-Meter-Sprint im See geben uns durchaus einen Energie-Kick. Was letztlich zählt, ist die Bewegung. Und das ist bewiesen: Allein fünf Minuten körperliche Aktivität in der Natur verbessert unsere Stimmung und erhöht das Selbstwertgefühl. Also: Was hält Sie jetzt noch auf dem Sofa?

Auch in der Küche des Lilienberg Unternehmerforums geht es mit grossen Schritten in den Frühling. Wir wünschen Ihnen mit unserem Frühlingsrezept auf jeden Fall gutes Gelingen.



Unmittelbar nach dem Fang gilt es die Fische gekühlt zu lagern, um zu verhindern, dass sie verderben.

Dorade im Ofen mit Frühlings-Gemüse

Fisch

- 4 Doraden Royale (Bio) (je zirka 350 g), küchenfertig
- 1 Teelöffel Salz
- ½ Teelöffel Zitronenpfeffer
- 4 Zweiglein Thymian
- 2 Esslöffel Olivenöl

Beilage

- 50 g Macadamia-Nüsse
- ½ Esslöffel flüssiger Honig
- 2 Prisen Chilipulver
- 2 Prisen Fleur de Sel
- 1 Esslöffel Olivenöl
- 1 Knoblauchzehe, fein geschnitten
- 3 Bundzwiebeln mit dem Grün, Zwiebeln längs halbiert, in Stücken, Grün in Ringen, beiseite gestellt
- 150 g Bundrüebli, in Scheiben
- 250 g Cherry-Tomaten, halbiert
- ½ Teelöffel Salz



Unser aktuelles Frühlingsrezept: Dorade im Ofen mit Frühlingsgemüse

Fisch

Doraden innen und aussen kalt abspülen, trocken tupfen. Beidseitig rautenförmig, zirka 5 Millimeter tief einschneiden, ohne dabei die Gräten zu verletzen. Doraden innen und aussen würzen, mit dem Thymian füllen, auf ein mit Backpapier belegtes Blech legen.

Beilage

Nüsse in einer Bratpfanne ohne Fett rösten. Honig begeben, würzen, auf ein Backpapier geben, auskühlen.

Öl in derselben Pfanne erhitzen. Bundzwiebeln zirka 2 Minuten rührbraten, Rüebli zirka 2 Minuten mitrührbraten. Hitze reduzieren, Tomaten und Salz zirka 5 Minuten köcheln. Gemüse mit dem Fisch anrichten, Nüsse darüber streuen.

Braten im Ofen

Doraden zirka 10 Minuten in der Mitte des auf 200 Grad vorgeheizten Ofens. Hitze auf 160 Grad reduzieren, zirka 15 Minuten fertig braten.

Lilienberg Unternehmerforum
Blauortstrasse 10
CH-8272 Ermatingen
Telefon +41 71 663 23 23
info@lilienberg.ch
www.lilienberg.ch

